

# Sinkende Löhne

Eine neue Statistik zeigt: Die durchschnittliche **Jahresbruttoentlohnung** ist in Südtirol inflationsbereinigt um zwei Prozent gesunken. Für **AFI-Direktor Stefan Perini** ist dieser Rückgang noch zu niedrig bemessen.

(hsc) Das Landesinstitut für Statistik (ASTAT) hat gestern die Daten zu den Arbeitnehmern und Entlohnungen in der Südtiroler Privatwirtschaft (ohne Landwirtschaft) veröffentlicht. 167.431 Arbeitnehmer waren im Jahr 2015 beschäftigt – davon 121.822 in Vollzeit und 45.609 in Teilzeit. Die durchschnittliche Jahresbruttoentlohnung lag bei 28.686 Euro. Diese ist seit 2010 zwar um acht Prozent gestiegen – aber: Berechnet man die Inflation mit ein, sind die Löhne in fünf Jahren im Schnitt um zwei Prozent gesunken. Selbst wenn man die Analyse auf die Vollzeitkräfte einschränkt, ergibt sich ein rechnerischer Rück-

gang der realen Bruttojahresentlohnung um 0,3 Prozent. Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungsinstitutes (AFI), hat die Studie für die **Tageszeitung** analysiert. Zwei interessante Punkte hat er entdeckt. Erstens: „Das Phänomen der schleppenden Lohnentwicklung wird mit dem Ergebnis von minus zwei Prozent unterschätzt. Denn zwischen 2010 und 2015 hat sich die Beschäftigungsstruktur verändert: das Durchschnittsalter der Belegschaft ist angestiegen, die berufliche Qualifikation hat sich anteilmäßig nach oben entwickelt und die Beschäftigungsanteile der Wirtschaftssektoren haben sich verschoben. Obwohl das für

höhere Löhne sprechen würde, war der Anstieg niedriger als die Inflation. In anderen Worten: Würde man die Statistik um Qualifikations- und Alterungseffekt bereinigen, würde der reale durchschnittliche Rückgang der Jahresbruttoentlohnungen bei vier bis fünf Prozent liegen.“ Und zweitens: „Laut ASTAT ver-einen die ‚ärmsten‘ zehn Prozent der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer lediglich fünf Prozent der Bruttolohnsumme auf sich, die ‚reichsten‘ zehn Prozent fast 22 Prozent. Und für die ‚ärmsten‘ 70 Prozent liegt die Entlohnung unter der gesamt-durchschnittlichen. Diese Situation hat sich nicht zum Besseren gewendet“, so Perini.



**Geld futsch:** Mehr Einkommen, für das man aber weniger kaufen kann

Die Grüne Landtagsfraktion hat gestern einen Beschlussantrag eingereicht, womit die Landesregierung verpflichtet werden soll, sich bei den Unternehmerverbänden für Vertragsverhandlungen einzusetzen und finanzielle Anreize dafür zu schaffen sowie Beitragskürzungen vorzusehen, wenn kein Landes-zusatzvertrag angewandt wird. Auch der ASGB hat sich gestern dafür ausgesprochen, Betriebe mit Zusatzverträgen besonders zu fördern.

